

KV-Nr.: 985

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 10 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Ein Blatt Kalender (I) ist beigelegt.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

Rechtsanwaltskanzlei
Ludmilla Donata Ljubova

Ludmilla Donata Ljubova, Rechtsanwältin, Goethestr. 5, 45128 Essen

45128 Essen
Goethestr. 5

Telefon (0201) 87365
Telefax (0201) 83657

Bankverbindungen:
Sparkasse Essen
(BLZ 360 501 05) Konto-
Nr. 405 134
Deutsche Bank Düsseldorf
(BLZ 300 700 10) Konto-
Nr. 615 2651

Essen, den 06.08.2012

An das
Verwaltungsgericht Gelsenkirchen
Postfach 10 01 55
45801 Gelsenkirchen



Prozesskostenhilfeantrag

des Herrn Ralf Butt, Manfredstr. 4, 45131 Essen,

Antragstellers,

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwältin Ljubova, Goethestr. 5, 45128 Essen,

gegen

die Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen, Am Waldthausenpark 2, 45127 Essen, vertreten durch den Präsidenten, Herrn Dirk Grünwald, und den Hauptgeschäftsführer, Herrn Dr. jur. Gerald Püchel,

Antragsgegnerin,

wegen: Gewerberechts.

Namens und in Vollmacht des Antragstellers beantrage ich:

dem Antragsteller Prozesskostenhilfe unter Beiordnung der
Unterzeichnerin für den in dem beigefügten Klageentwurf bezeichneten
Antrag zu bewilligen.


Begründung:

Hinsichtlich der Erfolgsaussichten verweise ich auf den beigefügten Klageentwurf.

Der Antragsteller ist nicht in der Lage, die Prozesskosten aufzubringen.

[...]

Die notwendige Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers ist beigefügt.


Ljubova
(Rechtsanwältin)

Hinweis des LJPA: Vom Abdruck der weiteren Ausführungen [...] und des ordnungsgemäß ausgefüllten Formulars über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers wird abgesehen.

Ebenso wird von dem Abdruck des beigefügten Klageentwurfs abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass er der Klageschrift vom 13.09.2012 entspricht.

VERWALTUNGSGERICHT GELSENKIRCHEN

B E S C H L U S S

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

des Herrn Ralf Butt, Manfredstr. 4, 45131 Essen,

Klägers,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin Ljubova, Goethestr. 5, 45128 Essen,

g e g e n

IHK für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen, Am Waldthausenpark 2, 45127 Essen, vertreten durch den Präsidenten Herrn Dirk Grünewald und den Hauptgeschäftsführer Herrn Dr. jur. Gerald Püchel,

Beklagte,

w e g e n Gewerberechts
h i e r Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe

hat die 18. Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen

durch	
Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht	Nawrath
Richter am Verwaltungsgericht	Tillmanns
Richter	Wysk

am 10.09.2012

b e s c h l o s s e n :

**Dem Kläger wird für das Verfahren erster Instanz Prozesskostenhilfe unter
Beordnung von Rechtsanwältin Ljubova aus Essen bewilligt.**

Gründe:

[...]

Hinweis des LJPA: Von einem Abdruck der Gründe wird zu Prüfungszwecken abgesehen.


Nawrath


Tillmann


Wysk

Hinweis des LJPA: Es ist davon auszugehen, dass der Beschluss zusammen mit einer ordnungsgemäßen Rechtsmittelbelehrung der Klägervertreterin am 11.09.2012 ordnungsgemäß zugestellt worden ist.

Rechtsanwaltskanzlei
Ludmilla Donata Ljubova

Ludmilla Donata Ljubova, Rechtsanwältin, Goethestr. 5, 45128 Essen

45128 Essen
Goethestr. 5

Telefon (0201) 87365
Telefax (0201) 83657

Bankverbindungen:

Sparkasse Essen
(BLZ 360 501 05) Konto-
Nr. 405 134

Deutsche Bank Düsseldorf
(BLZ 300 700 10) Konto-
Nr. 615 2651

Essen, den 13.09.2012

An das

Verwaltungsgericht Gelsenkirchen

Postfach 10 01 55

45801 Gelsenkirchen



Klage

des Herrn Ralf Butt, Manfredstr. 4, 45131 Essen,

Klägers,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin Ljubova, Goethestr. 5, 45128 Essen,

gegen

die Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen, Am Waldthausenpark 2, 45127 Essen, vertreten durch den Präsidenten, Herrn Dirk Grünewald, und den Hauptgeschäftsführer, Herrn Dr. jur. Gerald Püchel,

Beklagte,

wegen: Gewerberechts.

Namens und in Vollmacht des Klägers beantrage ich:

1. den Bescheid der Beklagten vom 20.07.2012, Az.: Vers-380/12, aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, dem Kläger auf seinen Antrag vom 05.07.2012 die Erlaubnis zur Ausübung der Versicherungsvermittlung zu erteilen;
2. die Kosten des Verfahrens der Beklagten aufzuerlegen.

Begründung:

Der Kläger ist gelernter Versicherungskaufmann.

Nach seiner dreijährigen, erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung meldete der Kläger am 15.01.2009 das Gewerbe „Vermittlung von Versicherungen & Bausparverträgen“ bei der Stadt Essen an. Eine Erlaubnis nach § 34d Abs. 1 GewO beantragte der Kläger zu diesem Zeitpunkt nicht. In der Zeit vom 01.02.2009 bis zum 30.11.2009 war der Kläger für die „d`assurance - mieux vivre SE“ als gebundener Versicherungsvermittler tätig. In dem gleichen Zeitraum hat der Kläger als gebundener Vermittler für die „assicurazione SE“ gearbeitet. Bei diesen Versicherungsanstalten handelt es sich um unabhängig voneinander agierende, durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zum Geschäftsbetrieb zugelassene Versicherungsunternehmen, welche beide den Kläger bei der Stadt Essen als gebundenen Vermittler von Versicherungen angemeldet sowie für den Kläger die uneingeschränkte Haftung aus seiner Vermittlertätigkeit übernommen hatten. Für beide Versicherungen vermittelte der Kläger ausschließlich Lebens-, Unfall- und Krankenversicherungen sowie Bausparverträge. Am 01.12.2009 meldete der Kläger sein Gewerbe bei der Stadt Essen ab und beendete seine Tätigkeit als Versicherungsvermittler für die beiden genannten Versicherungen.

Schon zuvor, am 17.04.2009, hatte der Kläger einen Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt. Bevor das Amtsgericht Essen über diesen Antrag entschieden hatte, gab der Kläger am 25.04.2009 aufgrund von Forderungen in Höhe von insgesamt 1.445,- € die eidesstattliche Versicherung ab (AG Essen, 7 L 268/09). Am selben Tag ist der Kläger in das Schuldnerverzeichnis eingetragen worden. Aber aufgrund des Zeitablaufs ist die Eintragung erloschen (§915a ZPO).

Mit Beschluss vom 07.05.2009 eröffnete das Amtsgericht Essen das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Klägers. Mit Beschluss vom 09.05.2009 kündigte es dem Kläger die Restschuldbefreiung an. Der Beginn der 6-jährigen Wohlverhaltensphase wurde auf den 07.05.2009 festgesetzt. Mit Beschluss vom 06.06.2009 stellte das Amtsgericht Essen das Insolvenzverfahren mangels Masse ohne Schlussverteilung gemäß § 207 InsO ein.

Mit Schreiben vom 05.07.2012 stellte der Kläger bei der Beklagten einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34d Abs. 1 GewO, welchen die Beklagte mit Bescheid vom 20.07.2012 (Anlage K1) ablehnte. Der Bescheid ist dem Kläger am 23.07.2012 zugestellt worden.

II.

Der Kläger hat einen Anspruch auf Erteilung der nach § 34d Abs. 1 GewO erforderlichen Erlaubnis.

Entgegen der Auffassung der Beklagten lebt der Kläger nicht in ungeordneten Lebensverhältnissen. Die Beklagte würdigt in diesem Zusammenhang nicht angemessen, dass bereits die Ankündigung der Restschuldbefreiung nach der Wohlverhaltensphase zu geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen führt.

Das Tatbestandsmerkmal „ungeordnete Vermögensverhältnisse“ ist nicht einschlägig. Wie bereits dem Wortlaut des § 34d Abs. 2 Nr. 2 GewO zu entnehmen ist, liegen ungeordnete Vermögensverhältnisse in der Regel vor, wenn ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet wurde. Der

Kläger kann sich indes auf die Ausnahme von dieser Regel berufen, da durch die gerichtliche Ankündigung der Restschuldbefreiung schon jetzt keine ungeordneten Vermögensverhältnisse mehr bestehen. Durch die Ankündigung der Restschuldbefreiung ist es sicher, dass der Kläger, wenn er sich an die vorgeschriebenen Regeln hält, am Ende der Wohlverhaltensphase die Restschuldbefreiung erlangt. Außerdem besteht auch im Zeitraum der Wohlverhaltensphase kein größeres Risiko einer weitergehenden Verschuldung, da Gläubiger in dieser Zeit nicht gegen den Schuldner vorgehen können. Ferner unterliegt der Kläger immer der Kontrolle des Insolvenzgerichts. Schließlich ist auch der Zweck des Insolvenzverfahrens zu beachten. Der Schuldner soll sich wieder ein neues Leben aufbauen können. Wenn dieser Zweck durch die Vorschriften der GewO torpediert wird, stellen diese Vorschriften der GewO eine Einschränkung der Berufsfreiheit dar.


Der Kläger ist nicht unzuverlässig im Sinne des § 34d Abs. 2 Nr. 1 GewO. Die Ausführungen der Beklagten hierzu gehen an der Sache vorbei. Aufgrund der Tatsache, dass der Kläger, wie oben ausgeführt, ausschließlich und nur als gebundener Vermittler für die „d'assurance - mieux vivre SE“ und die „assicurazione SE“ arbeitete, war eine Erlaubnis nach § 34d Abs. 1 GewO überhaupt nicht erforderlich.

Selbst wenn man aber annähme, dass eine solche Erlaubnis erforderlich gewesen wäre, würde dies nicht zur persönlichen Unzuverlässigkeit des Klägers führen, da die ungenehmigte Tätigkeit des Klägers allenfalls eine Ordnungswidrigkeit darstellt, welche von § 34d Abs. 2 Nr. 1 GewO schon gar nicht erfasst wird.

III.

Der Bescheid der Beklagten vom 20.07.2012 ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten. Der Kläger hat einen Anspruch auf Erteilung der Erlaubnis zur Vermittlung von Versicherungen.

Der Klage ist nach alledem stattzugeben.


Ljubova
(Rechtsanwältin)

Anlage K1

IHK Ruhr · Am Waldthausenpark 2 · 45127 Essen

Ihr/Ihre Ansprechpartner/in
Frau Andrea Gebhardt

Email
gebhardt@essen.ihk.de

Telefon
0201/54343-0

Fax
0201/54343-201

Aktenzeichen
Vers-380/12

Datum
20.07.2012

Ralf Butt
Manfredstr. 4
45131 Essen

Kopie

gegen Postzustellungsurkunde

Erlaubnis gemäß § 34d Abs. 1 Gewerbeordnung (Versicherungsvertreter)
Ihr Antrag vom 05.07.2012

Sehr geehrter Herr Butt,

die Erlaubnis, als Versicherungsvertreter gemäß § 34d Abs. 1 GewO tätig zu werden, wird Ihnen
nicht erteilt.

Begründung:

Eine Erteilung der Erlaubnis gemäß § 34d Abs. 1 GewO kommt derzeit nicht in Betracht, weil Sie in ungeordneten Vermögensverhältnissen leben, da über Ihr Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist.

[...]

Sie sind des Weiteren unzuverlässig im Sinne des § 34d Abs. 2 Nr. 1 GewO. Dies ergibt sich daraus, dass Sie vom 01.02.2009 bis zum 30.11.2009 ohne die nach § 34d Abs. 1 GewO erforderliche Erlaubnis arbeiteten.

[...]

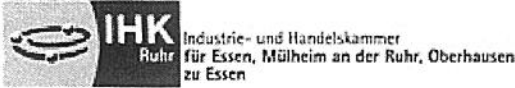
Hinweis des LJPA: Von einem Abdruck der weiteren Ausführungen [...] wird zu Prüfungszwecken abgesehen.

Von der Erteilung einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung ist auszugehen.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag


Andrea Gebhardt



IHK Ruhr · Am Waldhausenpark 2 · 45127 Essen

Ihr/Ihre Ansprechpartner/in
Frau Andrea Gebhardt

Email
gebhardt@essen.ihk.de

Telefon
0201/54343-0

Fax
0201/54343-201

Aktenzeichen
Vers-380/12

Datum
27.09.2012

An das
Verwaltungsgericht Gelsenkirchen
Postfach 10 01 55
45801 Gelsenkirchen



In dem Verwaltungsrechtsstreit
Butt ./I. Industrie- und Handelskammer Ruhr
Aktenzeichen: 18 K 99/12

nimmt die Beklagte zur Klage des Klägers vom 13.09.2012 wie folgt Stellung:

Die Klage ist unbegründet. Der Bescheid der Beklagten vom 20.07.2012 ist rechtmäßig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten.

Eine Ausnahme von der Regelvermutung der ungeordneten Vermögensverhältnisse durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens liegt nicht deshalb vor, weil sich der Kläger in der Wohlverhaltensphase befindet. Eine Erteilung der Erlaubnis nach § 34d Abs. 1 GewO kommt somit bereits aufgrund der ungeordneten Vermögensverhältnisse des Klägers nicht in Betracht.

Ergänzend zu den Ausführungen im Bescheid vom 20.07.2012 wird hinsichtlich des Merkmals der Unzuverlässigkeit angeführt, dass die in der Klage vom Kläger vertretene Ansicht unzutreffend ist. Eine Erteilung der Erlaubnis nach § 34d Abs. 1 GewO scheitert auch an der Unzuverlässigkeit des Klägers, welche nach § 34d Abs. 2 Nr. 1 GewO vorliegend anzunehmen ist. Denn es trifft nicht zu, wie sich schon aus dem Gesetz ergibt, dass der Kläger als gebundener Versicherungsvermittler im Zeitraum vom 01.02.2009 bis zum 30.11.2009 keiner Erlaubnis bedurft hätte.

Anbei übersende ich den Verwaltungsvorgang im Original.

Im Auftrag


Andrea Gebhardt

Anlage: Verwaltungsvorgang (1 Heft)

Hinweis des LJPA: Es ist davon auszugehen, dass der Verwaltungsvorgang dem Erwidierungsschriftsatz beigelegt ist, sich aus ihm aber keine weiteren für die Fallbearbeitung relevanten Erkenntnisse ergeben.

18 K 99/12

**Öffentliche Sitzung
der 18. Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen,**

am 19.10.2012

Gegenwärtig:

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Nawrath,
Richter am Verwaltungsgericht Tillmans,
Richter Wysk sowie
ehrenamtliche Richterin Bergermann und
ehrenamtlicher Richter Gottschalk

Beginn um 09:00 Uhr
Ende um 10:45 Uhr

VG-Beschäftigte Nolte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

In der Verwaltungsstreitsache
des Herrn Ralf Butt, Manfredstr. 4, 45131 Essen,

Klägers,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin Ljubova

g e g e n

die IHK für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen, Am Waldthausenpark 2, 45127 Essen,
vertreten durch den Präsidenten, Herrn Dirk Grünewald, und den Hauptgeschäftsführer, Herrn Dr. jur.
Gerald Püchel,

Beklagte,

erscheinen in dem heutigen Termin zur mündlichen Verhandlung nach Aufruf der Sache:

für den Kläger: der Kläger und Rechtsanwältin Ljubova,für die Beklagte: Frau Andrea Gebhardt.

Der Vorsitzende erstattet den Sachbericht.
Danach wird die Sach- und Rechtslage mit den Beteiligten ausführlich erörtert.

Der Kläger stellt den **Antrag zu 1) aus der Klageschrift vom 13.09.2012** und beantragt **hilfsweise in Bezug auf die Klagefrist die Wiedereinsetzung in der vorigen Stand.**
Die Beklagte beantragt, **die Klage abzuweisen.**

Alle Anträge v.u.g.

Alle Beteiligten erhalten Gelegenheit zu einer abschließenden Stellungnahme.


b.u.v.

Termin zur Verkündung einer Entscheidung wird bestimmt auf
Freitag, den 02.11.2012, Saal 108, 09:00 Uhr.

Der Vorsitzende schließt die mündliche Verhandlung um 10:45 Uhr.



Nawrath
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht



Nolte
VG-Beschäftigte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen. Zeitpunkt der Entscheidung ist der

02.11.2012.

Die Entscheidungen über die Kosten, vorläufige Vollstreckbarkeit und den Streitwert sind erlassen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt. Eine Rechtsbehelfsbelehrung ist ebenfalls erlassen.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist. Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Kommt die Bearbeitung ganz oder teilweise zur Unzulässigkeit der Klage, so ist insoweit zur Begründetheit in einem Hilfsgutachten Stellung zu nehmen.

Es ist davon auszugehen, dass

- die Formalien (z.B. Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten etc.) in Ordnung und die tatsächlichen Angaben zutreffend sind, soweit sich nicht aus dem Sachverhalt etwas anderes ergibt,
- der Bescheid der Beklagten vom 20.07.2012 formell ordnungsgemäß ist,
- der Kläger das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung nachweisen kann und die erforderliche Sachkunde zur Vermittlung von Versicherungsverträgen besitzt,
- der BZR-Auszug des Klägers keine Eintragungen aufweist.

Der Bearbeitung ist der zum Entscheidungszeitpunkt geltende Rechtszustand zugrunde zu legen. Übergangsvorschriften sind nicht zu prüfen.

Kalender 2012

Januar

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
52							1
1	2	3	4	5	6	7	8
2	9	10	11	12	13	14	15
3	16	17	18	19	20	21	22
4	23	24	25	26	27	28	29
5	30	31					

Februar

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
5			1	2	3	4	5
6	6	7	8	9	10	11	12
7	13	14	15	16	17	18	19
8	20	21	22	23	24	25	26
9	27	28	29				

März

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
9				1	2	3	4
10	5	6	7	8	9	10	11
11	12	13	14	15	16	17	18
12	19	20	21	22	23	24	25
13	26	27	28	29	30	31	

April

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
13							1
14	2	3	4	5	6	7	8
15	9	10	11	12	13	14	15
16	16	17	18	19	20	21	22
17	23	24	25	26	27	28	29
18	30						

Mai

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
18		1	2	3	4	5	6
19	7	8	9	10	11	12	13
20	14	15	16	17	18	19	20
21	21	22	23	24	25	26	27
22	28	29	30	31			

Juni

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22					1	2	3
23	4	5	6	7	8	9	10
24	11	12	13	14	15	16	17
25	18	19	20	21	22	23	24
26	25	26	27	28	29	30	

Juli

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
26							1
27	2	3	4	5	6	7	8
28	9	10	11	12	13	14	15
29	16	17	18	19	20	21	22
30	23	24	25	26	27	28	29
31	30	31					

August

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
31			1	2	3	4	5
32	6	7	8	9	10	11	12
33	13	14	15	16	17	18	19
34	20	21	22	23	24	25	26
35	27	28	29	30	31		

September

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
35						1	2
36	3	4	5	6	7	8	9
37	10	11	12	13	14	15	16
38	17	18	19	20	21	22	23
39	24	25	26	27	28	29	30

Oktober

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
40	1	2	3	4	5	6	7
41	8	9	10	11	12	13	14
42	15	16	17	18	19	20	21
43	22	23	24	25	26	27	28
44	29	30	31				

November

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
44				1	2	3	4
45	5	6	7	8	9	10	11
46	12	13	14	15	16	17	18
47	19	20	21	22	23	24	25
48	26	27	28	29	30		

Dezember

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
48						1	2
49	3	4	5	6	7	8	9
50	10	11	12	13	14	15	16
51	17	18	19	20	21	22	23
52	24	25	26	27	28	29	30
1	31						

Fest- und Feiertage 2012:

01.01.	Neujahr	27./28.05.	Pfingsten
06.04.	Karfreitag	07.06.	Fronleichnam
08./09.04.	Ostern	03.10.	Tag der Deutschen Einheit
01.05.	Maifeiertag	01.11.	Allerheiligen
17.05.	Christi Himmelfahrt	25./26.12.	Weihnachten

Prüfervermerk zur Vortragsakte KV-Nr. 985

Der Vortrag beruht auf dem Austauschvortrag AV WFG6 des Landesprüfungsamtes für Juristen Rheinland-Pfalz. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll nur auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben. Dem Vortrag liegt das Verfahren VG Münster, Az. 9 K 320/09, nachfolgend OVG NRW, Az. 4 A 1115/10, zugrunde.

A. Zulässigkeit der Klage: Die Klage dürfte zulässig sein.

I. Der **Verwaltungsrechtsweg** dürfte nach § 40 I 1 VwGO eröffnet sein. Streitentscheidende Normen sind solche der GewO.

II. **Statthafte Klageart** dürfte die **Verpflichtungsklage** gem. § 42 I VwGO sein. Dem Kläger geht es um seine Klageantrag darum, die Beklagte zur Erteilung der Erlaubnis zur Ausübung der Versicherungsvermittlung zu verpflichten. Der ebenso gestellte Antrag, den Bescheid der Beklagten vom 20.07.2012 aufzuheben, dient insoweit lediglich der Klarstellung (Kopp/Schenke, VwGO, 17. Auflage 2011, § 42 Rn. 29).

III. Der Kläger dürfte gem. § 42 II VwGO klagebefugt sein, da er aus § 34d I GewO einen Anspruch auf Erteilung der Erlaubnis haben könnte.

IV. Die IHK dürfte als Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 3 I IHKG) richtiger **Klagegegner** gem. § 78 I Nr. 1 VwGO sein. Sie hat nach § 34d I 1 GewO die Erlaubnis zu erteilen.

V. Gem. § 74 I 2 VwGO muss die **Verpflichtungsklage** grds. innerhalb einer **Frist** von einem Monat nach **Bekanntgabe des VAs** (§ 41 I 1 VwVfG NRW) erhoben werden. Der ablehnende Bescheid wurde am 23.07.2012 zugestellt, so dass die **Klagefrist** des § 74 I 2 VwGO iVm §§ 57 II VwGO, 222 ZPO, 188 II BGB mit Ablauf des 23.08.2012 endete. Die **Klagefrist** wird durch den Antrag auf PKH nicht gewahrt. Jedoch könnte eine **Wiedereinsetzung** in die **Klagefrist** gem. § 60 VwGO in Betracht kommen. Die **Versäumung** einer gesetzlichen Frist ist mit **Versäumung der Klagefrist** gegeben. Zudem dürfte die **Fristversäumnis** unverschuldet sein. Ein **Verschulden** liegt vor, wenn der Betroffene nicht die **Sorgfalt** hat walten lassen, die für einen gewissenhaften, seine Rechte und Pflichten sachgerecht wahrnehmenden Beteiligten geboten und ihm nach den gesamten Umständen des konkreten Falls zumutbar ist (Kopp/Schenke, aaO, § 60 Rn. 9). Dabei dürfte das **Fristversäumnis** unverschuldet sein, wenn der Bürger innerhalb der **Klagefrist** zunächst nur einen Antrag auf PKH stellt und die **fristgerechte Klageerhebung** unterbleibt, weil über den Antrag nicht vor **Fristablauf** entschieden ist. Denn der bedürftigen Partei ist grds. nicht zuzumuten, eine **Klage** oder ein **Rechtsmittel** einzulegen, wenn sie sich damit einem **Kostenrisiko** aussetzt, das sie nicht zu tragen vermag (Kopp/Schenke, aaO, § 60 Rn. 15). Erforderlich ist allerdings, dass der Antrag auf PKH mit allen nach § 166 VwGO iVm § 117 II ZPO erforderlichen Unterlagen innerhalb der **Klagefrist** gestellt wurde (Kopp/Schenke, aaO, § 60 Rn. 9). Vorliegend hat der Kläger innerhalb der **Klagefrist** alle erforderlichen Unterlagen eingereicht. Ein Antrag auf **Wiedereinsetzung** (§ 60 II 1 VwGO) wurde – **hilfsweise** – gestellt. Da die **versäumte Rechtshandlung** – die **Klageerhebung** – innerhalb der **Zweioochenfrist** des § 60 II VwGO nachgeholt wurde, kann die **Wiedereinsetzung** in den vorigen Stand im Übrigen **auch ohne Antrag** gewährt werden, § 60 II 3 und 4 VwGO, denn die **Tatsachen** zur **Begründung** des Antrages dürften **offenkundig** sein. Somit dürfte **Wiedereinsetzung** in den vorigen Stand zu gewähren sein. *Ob erforderlich ist, dass PKH so früh beantragt wurde, dass mit einer Entscheidung vor Ablauf der Frist gerechnet werden konnte (verm.: Kopp/Schenke, aaO, § 60 Rn. 15; bej.: VG Ansbach, Urteil vom 12.05.2005 - AN 14 K 04.01946, juris - Urteil liegt den Kandidaten nicht vor) kann dahinstehen, da der PKH-Antrag 14 Tage nach Zustellung des Bescheides eingegangen ist, so dass mit einer Entscheidung vor Fristablauf gerechnet werden konnte.*

VI. Die **Durchführung eines Widerspruchsverfahrens** ist nach § 68 I 2 Alt. 1 VwGO iVm § 110 I 1 JustG NRW nicht erforderlich, wenn der VA – wie hier – während des Zeitraums vom 01.11.2007 bis zum 31.10.2012 bekannt gegeben worden ist.

B. Begründetheit der Klage: Die Klage dürfte begründet sein. Der **Ablehnungsbescheid** der Beklagten vom 20.07.2012 dürfte **rechtswidrig** sein und den **Kläger** in seinen **Rechten** verletzen, § 113 V 1 VwGO. Der **Kläger** dürfte einen **Anspruch** auf Erteilung der Erlaubnis zur **Vermittlung** von **Versicherungsverträgen** gem. § 34d I 1, II GewO haben.

I. Die **formelle Rechtmäßigkeit** des **Ablehnungsbescheides** ist **ungeachtet der Relevanz für die Frage eines bestehenden Anspruchs lt. Bearbeitervermerk** gegeben.

II. Fraglich ist, ob der **Ablehnungsbescheid** auch **materiell rechtmäßig** ist. Nach § 34d I 1 GewO bedarf derjenige, der **gewerbmäßig** als **Versicherungsmakler** oder als **Versicherungsvertreter** den **Abschluss** von **Versicherungsverträgen** vermitteln will, der Erlaubnis der zuständigen **IHK**. Eine Erlaubnis ist zu erteilen, wenn nicht einer der **Versagungsgründe** aus § 34d II GewO vorliegt. Nach § 34d II GewO ist eine Erlaubnis dann zu versagen, wenn der Antragsteller **persönlich unzuverlässig** ist (Nr. 1), in **ungeordneten Vermögensverhältnissen** lebt (Nr. 2), das **Bestehen** einer **Berufshaftpflichtversicherung** nicht nachweisen kann (Nr. 3) und/oder die für die **Tätigkeit** erforderliche **Sachkunde** nicht besitzt (Nr. 4). Gem. dem **Bearbeitervermerk** ist davon auszugehen, dass der **Kläger** das **Bestehen** einer **Berufshaftpflichtversicherung** nachweisen kann und die **erforderliche Sachkunde** zur **Vermittlung** von **Versicherungsverträgen** besitzt. Die **Versagungsgründe** nach § 34d II Nr. 3 und Nr. 4 GewO kommen als **Grundlage** für die **Versagung** der Erlaubnis demnach nicht in Betracht.

1. Die **persönliche Unzuverlässigkeit** besitzt gem. § 34d II Nr. 1 GewO in der Regel nicht, wer in den letzten 5 Jahren wegen eines Verbrechens oder wegen **Diebstahls**, **Unterschlagung**, **Erpressung**, **Betruges**, **Untreue**, **Urkundenfälschung**, **Hehlerei**, **Wuchers** oder einer **Insolvenzstrafat** rechtskräftig **verurteilt** worden ist. Dies dürfte beim **Kläger** nicht der Fall sein. Der **BZR-Auszug** des **Klägers** weist keine **Eintragungen** auf. Auch aus der **ohne Erlaubnis** betriebenen **Vermittlungstätigkeit** im Zeitraum vom 01.02.2009 bis 30.11.2009 dürfte sich kein **Versagungsgrund** ergeben. Der **Kläger** hätte einer Erlaubnis bedurft, da ein Fall des § 34d IV GewO nicht gegeben sein dürfte. Zwar handelt es sich bei der „d assurance - mieux vivre SE“ sowie der „assicurazione SE“ um im **Inland** zum **Geschäftsbetrieb** befugte **Versicherungsunternehmen**, da beide durch die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht** zum **Geschäftsbetrieb** zugelassen sind. Ebenso haben beide **Versicherungsunternehmen** laut **Sachverhalt** auch die **uneingeschränkte Haftung** aus der **Vermittlerstätigkeit** des **Klägers** übernommen. Allerdings vermittelt der **Kläger** zwei **Versicherungsprodukte**, die in **Konkurrenz** zueinander stehen, da sie derselben **Versicherungssparte** angehören. Die **ungenehmigte gewerbliche Tätigkeit** des **Klägers** dürfte jedoch seine **persönliche Unzuverlässigkeit** nicht begründen können, da die **Wahrnehmung** einer solchen lediglich eine **Ordnungswidrigkeit** nach § 144 I Nr. 1 j) GewO darstellen dürfte. Eine **Ordnungswidrigkeit** dürfte jedoch in ihrem **Unrechtsgehalt** nicht mit den in § 34d II Nr. 1 GewO normierten **Regelbeispielen** vergleichbar sein, die **durchweg Straftaten** voraussetzen (OVG NRW, Urteil vom 08.12.2011 – 4 A 1115/10, juris Rn. 37 – *liegt den Kandidaten nicht vor*). Dies zeigt nicht zuletzt ein **Vergleich** mit § 35 I 1 GewO, bei dem ebenfalls das **gleichlautende Tatbestandsmerkmal** der **Unzuverlässigkeit** regelmäßig nicht durch eine **einmalige Ordnungswidrigkeit** erfüllt ist. Zudem ist ein **rechtskräftiges Urteil** erforderlich, eine **Ahnung** einer **Ordnungswidrigkeit** aber vorliegend nicht gegeben.

2. Der **Kläger** dürfte auch nicht deshalb **gewerberechtlich unzuverlässig** sein, weil er iSv § 34d II Nr. 2 GewO in **ungeordneten Vermögensverhältnissen** lebt. Dies ist iR der Fall, wenn über das **Vermögen** des **Antragstellers** das **Insolvenzverfahren** eröffnet worden oder er in das vom **Insolvenzgericht** oder vom **Vollstreckungsgericht** zu führende **Verzeichnis** (§ 26 II InsO, § 915 ZPO) eingetragen ist. Die **Eintragungen** des **Klägers** in das **Schuldnerverzeichnis** aufgrund der **abgegebenen eidesstattlichen Versicherung** vom 25.04.2009 ist gem. § 915a I ZPO **zwischenzeitlich erloschen**. Fraglich ist, ob das vom **Kläger** durchlaufene **Insolvenzverfahren** zur **Annahme ungeordneter Vermögensverhältnisse** ausreichend ist. Ein **laufendes Insolvenzverfahren** liegt nicht vor, da das **Insolvenzverfahren** gegen den **Kläger** durch **Beschluss** des **AG Essen** vom 06.06.2009 **eingestellt** wurde. Allerdings könnte ein **ungeschriebener Fall** der **ungeordneten Vermögensverhältnisse** vorliegen, da die **Wohlverhaltensphase** des **Klägers** noch **andauert**. Im **Ergebnis** aber dürfte hier eine **Regelvermutung** nach § 34d II Nr. 2 GewO oder eine **vergleichbare Vermutung** wegen der **Ankündigung** der **Restschuldbefreiung** nicht greifen. Im **Regelfall** ist damit nämlich – d.h. schon mit der **Ankündigung** der **später erfolgenden Restschuldbefreiung** – ein **Zustand geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse** erreicht (OVG NRW, aaO, juris Rn. 44 – *liegt den Kandidaten nicht vor*). Mit der **Aufhebung** des **Insolvenzverfahrens** und der **Ankündigung** der **Restschuldbefreiung** verdrängt sich die **abstrakte Möglichkeit** der **Schuldbefreiung** zu einer **konkreten Aussicht**. Der **Schuldner** darf davon ausgehen, dass er am **Ende** der **Wohlverhaltensphase** die **Restschuldbefreiung** erlangen wird, falls er den **Obliegenheiten** nach § 295 InsO **nachkommt** und die **Voraussetzungen** einer **Versagung** nach §§ 297, 298 InsO **nicht vorliegen** (OVG NRW, aaO, juris Rn. 50 – *liegt den Kandidaten nicht vor*). Des Weiteren ist auch die **Regelung** des § 294 I InsO zu beachten, nach der während der **laufenden Wohlverhaltensphase** einzelne **Gläubiger** nicht die **Möglichkeit** haben, zu **Zwangsvollstreckungsmaßnahmen** gegen den **Schuldner** zu greifen. Ein **Druckmittel**, das die **bestehende wirtschaftliche Zwangslage** des **Schuldners** **vergrößern** könnte, **existiert** insoweit nicht (OVG NRW, aaO, juris Rn. 58 – *liegt den Kandidaten nicht vor*). Die **Anforderungen**, welche an das **Merkmal** der **geordneten wirtschaftlichen Verhältnisse** zu stellen sind, dürfen auch deshalb nicht zu **strenge** sein, weil die **Regelung** des § 34d II Nr. 2 GewO eine **subjektive Berufszulassungsschranke** darstellen dürfte. Die **Auslegung** des **Merkmals** der (un-)geordneten **wirtschaftlichen Verhältnisse** darf deshalb nicht darüber hinausgehen, was zur **Sicherung** des **Wohls** der **Allgemeinheit** erforderlich ist. Gerade aber in der **Wohlverhaltensphase** erfordert der von § 34d II Nr. 2 GewO bezweckte **Schutz** des **Wirtschaftsverkehrs** jedoch kein **Verbot** der **gewerblichen Tätigkeit**. Dies ergibt sich daraus, dass, wenn der **Schuldner** den **pfindbaren Teil** der von ihm **verdienten Provisionen** aus der **Versicherungsvermittlung** nicht an die **Treuhänder** abführt, hierdurch nicht die **Interessen** der **Kunden**, sondern die der **Insolvenzgläubiger** tangiert sind. Letztere wiederum sind jedoch **ausreichend** dadurch **abgesichert**, dass der **Schuldner** durch die **Nichtabführung** die **Versagung** der **Restschuldbefreiung** riskiert. Die **Gefahr**, dass der auf seine **unpfindbaren Einkünfte** angewiesene **Versicherungsvertreter** die **Interessen** seiner **Kunden** zu **Gunsten** seiner **eigenen Gewinnmaximierung** aus den **Augen** verlieren könnte, ist während der **Wohlverhaltensphase** jedenfalls nicht **höher** als im **allgemeinen Wirtschaftsverkehr**. Ein solches **Interesse** dürfte im **Gegenteil** eher **geringer** sein als bei **anderen Versicherungsvermittlern**, da er diesen **Mehrerwerb** gerade nicht zu **eigenen Zwecken** einsetzen darf und bei einem **Verstoß** das **Wiederaufleben** der **typischerweise hohen Altschulden** als **Sanktion** droht (OVG NRW, aaO, juris Rn. 69 – *liegt den Kandidaten nicht vor*). Schließlich wäre es mit dem das **neue Insolvenzrecht** maßgeblich prägenden **Gedanken**, dass dem **Schuldner** mit dem **Durchlaufen** eines **Insolvenzverfahrens** eine **Perspektive** auf eine **dauerhaft gesicherte wirtschaftliche Existenz** gegeben werden soll, **schlecht vereinbar**, ihm eine **solche Existenz** ausge-rechnet während der **Wohlverhaltensphase** vorzuenthalten. Diese dient nämlich einerseits dazu, die **Insolvenzgläubiger** soweit zu **befriedigen**, als es dem **Schuldner** möglich und **zumutbar** ist, und zum **anderen** dazu, den **Schuldner** im **Wirtschaftsleben** wieder **Fuß fassen** zu lassen (OVG NRW, aaO, juris Rn. 65 – *liegt den Kandidaten nicht vor*). A. A. *vertretbar* (vgl. VG Münster, Urteil vom 14.04.2010 – 9 K 320/09, juris – *liegt den Kandidaten nicht vor*).

C. Ergebnis: Der **Ablehnungsbescheid** dürfte daher **materiell rechtswidrig** sein. Der **Kläger** dürfte einen **Anspruch** auf Erteilung der Erlaubnis haben. Der **Kläger** dürfte somit **statutzugeben** sein. Der **Tenor** dürfte daher lauten: Die **Beklagte** wird unter **Aufhebung** ihres **Bescheides** vom 20.07.2012 **verpflichtet**, dem **Kläger** die unter dem 05.07.2012 **beantragte Erlaubnis** zur **Vermittlung** von **Versicherungen** nach § 34d I GewO zu erteilen.